

6. Juni 1977

Schriftliche Beantwortung (S-Geschäfte)

76.476. Interpellation Schmid-St. Gallen vom 29. November 1976
Affäre Cincera.

76.511. Interpellation Friedrich vom 17. Dezember 1976.
Affäre "Demokratisches Manifest"

Einfache Anfragen:

76.802. Jaeger vom 29. November 1976.
Politische Gesinnungsschnüffelei

76.807. Renschler vom 29. November 1976.
Affäre Cincera

76.805. Villard vom 29. November 1976.
Affäre Cincera

76.815. Marthaler vom 1. Dezember 1976.
Schutz des Rechtsstaates

Justiz- und Polizeidepartement.

Mündlich

An der Sitzung vom 2. Mai 1977 hat sich der Bundesrat mit den obenerwähnten parlamentarischen Vorstössen befasst und den Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements ermächtigt, in der schriftlichen Antwort noch allfällige Korrekturen anzubringen.

Gestützt darauf und aufgrund der Beratung hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

Die Antwort auf die erwähnten Interpellationen und Einfachen Anfragen wird, mit Aenderungen, genehmigt (s. Beilage).

An den Nationalrat

Protokollauszug an:

- JPD 10 zum Vollzug
- EMD 5 zur Kenntnis
- BK 6 (Hb 1, Br 1, Sa 1, AS 2, AP 1) zur Kenntnis

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Saurin

76.476 Interpellation Schmid-St. Gallen vom 29. November 1976

Affäre Cincera

Der Bundesrat wird eingeladen zu erklären, wie er die bekanntgewordenen Aktivitäten des unter Leitung von Ernst Cincera stehenden Informationszentrums politisch wertet. Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass der politischen Willensbildung im demokratischen Staat, aber auch dem Schutz der Persönlichkeit der Einzelnen durch organisiertes Denunziantentum, auf dem die Auskunftei Cinceras zum Teil beruhen soll, schwerer Schaden zugefügt wird? Was gedenkt der Bundesrat zu tun, um die Zusammenarbeit von Bundesstellen mit solchen Organisationen künftig zu verhindern?

Mitunterzeichner

Blum, Bundi, Eggli-Winterthur, Fraefel, Lang, Nauer, Rothen, Villard, Welter, Wyler, Zehnder.

Begründung

1. Gefragt wird nach der politischen Wertung der Tätigkeit der von Ernst Cincera geleiteten Informationsgruppe. Im gewaltenteilenden Staat ist die Ueberprüfung von allfälligen Rechtswidrigkeiten und deren Ahndung Sache der Gerichte. Parlament und Regierung obliegt es dagegen, rechtspolitische Wertungen vorzunehmen - und diese nötigenfalls in Rechtsnormen umzusetzen.
2. Es ist bisher unbestritten geblieben, dass Ernst Cincera und die von ihm geleitete Informationsgruppe seit Jahren Tausende von Schweizerinnen und Schweizern, die sich für politische Veränderungen einsetzen, registriert. Neben privaten Denunzianten und bezahlten Spitzeln sollen auch Amtsstellen zu den Informanten Cinceras gehören. Namentlich die Abteilung für Sanität des Eidgenössischen Militärdepartementes soll in einem regelmässigen Informationsaustausch über persönlichkeitsbezogene Daten mit Cincera stehen. Es wird ferner nicht bestritten, dass Cincera die gesammelten Daten an Unternehmer, Verbände, Privatpersonen und staatliche Stellen weitergibt. Durch solche Aktivitäten können die Personen, über die Informationen herungereicht werden, in ihren Persönlichkeitsrechten verletzt werden. Zwar garantiert Artikel 28 des Zivilgesetzbuches das Recht auf Persönlichkeit. Da sich die Betroffenen aber zu den über sie bestehenden Daten nicht äussern können, weil sie davon keine Kenntnis und kein Einsichtsrecht haben, genügt die bestehende rechtliche Regelung nicht. Ein Schutz vor der missbräuchlichen Verwendung personenbezogener Daten drängt sich namentlich in Zeiten der Unterbeschäftigung auf, können solche Informationen doch dazu führen, dass ein Arbeitnehmer in seiner wirtschaftlichen Existenz gefährdet wird, wenn beispielsweise ein Arbeitgeber aufgrund der von Cincera gelieferten - vielleicht unzutreffenden - Informationen auf eine Anstellung des Bewerbers verzichtet.

Solche latent vorhandenen Konsequenzen können sich ihrerseits sehr nachteilig auf die politischen Diskussionen in unserem Lande auswirken, indem politische Meinungen nicht mehr so klar und freimütig ausgesprochen werden, wie es für eine transparente politische Willensbildung erwünscht wäre.

3. Den Weg zur Verbesserung des Schutzes der Persönlichkeit hat Nationalrat Gerwig mit zwei parlamentarischen Initiativen vom 22. März 1977 (77.223/4) aufgezeigt. Da umstritten ist, ob die geltende Bundesverfassung eine hinreichende Grundlage zum Erlass öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Bestimmungen zum Schutz der Persönlichkeit durch die staatliche und die private Speicherung, Veränderung und Weitergabe personenbezogener Daten bietet, ist vorgängig eine ausdrückliche Kompetenznorm in die Bundesverfassung aufzunehmen. Gestützt darauf ist ein Gesetz zu erlassen, welches das Recht jeder Person umschreibt, in die sie betreffenden Akten und Informationssammlungen bei Behörden und Privaten Einsicht zu nehmen - unter Vorbehalt überwiegender öffentlicher und privater Interessen - und sie berichtigen zu lassen.

76.511 Interpellation Friedrich vom 17. Dezember 1976

Affäre "Demokratisches Manifest"

Seitens von Funktionären des Demokratischen Manifests ist bekanntlich in das Archiv von Ernst Cincera in Zürich eingedrungen und es sind dort zahlreiche Dokumente entwendet worden. Die Beteiligten weigerten sich längere Zeit, das entwendete Material den zuständigen Behörden auszuhändigen, werteten es nach eigenem Gutdünken aus und überschwemmt die Nachrichtenmedien mit unüberprüfbaren Behauptungen, die einseitig darauf ausgerichtet waren, Ernst Cincera zu diffamieren, die Rechtsbrüche des Demokratischen Manifests aus dem Gespräch zu halten und die Tätigkeit linksextremer Organisationen abzuschirmen.

Ich frage daher den Bundesrat an:

1. Was hält er von der Tatsache, dass hier einmal mehr nach dem Prinzip der "doppelten Legalität" Recht und Gesetz offenkundig verletzt worden sind und der Rechtsstaat, für den der Bund die Hauptverantwortung trägt, in Frage gestellt wurde?
2. Wie stellt er sich zur weiteren Tatsache, dass eine Gruppe von Leuten Dokumente entwendet, untertaucht und sich dann als selbst ernannten Untersuchungsausschuss anmasst, Behörden und Öffentlichkeit auf ihre einseitige Darstellung der Dinge einzuspüren?
3. Wie stellt er sich zum Umstand, dass als Folge dieses Geschehens eine kleine Gruppe von Journalisten, die teilweise mit den Delinquenten zusammenwirkte, über bedeutende Nachrichtenträger in verzerrter Art an die Öffentlichkeit gelangte?

4. Wie stellt er sich im weitern zum Versuch, jemanden mit publizistischen Mitteln "fertig zu machen", obschon zur Zeit der Kampagne keinerlei Nachweis für ein widerrechtliches Verhalten vorlag, und damit ein rechtliches Verfahren zu überspielen?
5. Wie stellt er sich schliesslich dazu, dass zwar ausgiebig das Archiv Cinceras hochgespielt wird, dass aber die zahlreichen Archive linksextremer Organisationen - wie z. B. der sogenannten "Roten Hilfe" - sorgfältig abgeschirmt werden?

Mitunterzeichner

Ammann-Bern, Bommer, Bonnard, Bretscher, Dürr, Dürrenmatt, Eng, Feigenwinter, Fischer-Bern, Früh, Gautier, Graf, Grünig, Gut, Hofer, Hungerbühler, Keller, Kunz, Letsch, Leutenegger, Marthaler, Matossi, Meier Kaspar, Meyer Helen, Muff, Nef, Oehler, Reichling, Ribl, Risi-Schwyz, Roth, Rüegg, Schalcher, Schutz-Graubünden, Sigrist, Ueltschi, Vetsch, Wellauer.

Begründung

1. Zu Frage 1 und 2: In der Auseinandersetzung DM / Ernst Cincera ist unter verschiedenen Aspekten der Rechtsstaat angesprochen. Zumindest in der ersten Phase ist diesbezüglich ein sehr einseitiges Bild gezeichnet worden. Seitens des DM spielte man sich sozusagen als Hüter von Recht und Gesetz auf und masste sich sogar untersuchungsrichterliche Funktionen an. In Tat und Wahrheit wurde aber mit offenkundig rechtswidrigen Mitteln vorgegangen. Das gilt nicht nur bezüglich der Entwendung von Dokumenten, sondern auch hinsichtlich des Umstandes, dass die entwendeten Dokumente der Untersuchungsbehörde vorenthalten wurden und teilweise wohl bis heute vorenthalten werden. Einmal mehr wurde die Theorie der doppelten Legalität in die Tat umgesetzt.
2. Zu Frage 3 und 4: Es ist offensichtlich, dass gegen Ernst Cincera eine organisierte Kampagne mit dem Ziel geführt wurde, eine Art von vorweggenommener Verurteilung in einem Zeitpunkt zu erreichen, da eine Untersuchung zwar im Gange war, aber keinerlei Anhaltspunkte für ein strafbares Verhalten von Ernst Cincera vorlagen. Gegen Ernst Cincera läuft auch heute kein Strafverfahren, und es ist keine Anklage gegen ihn erhoben worden. Es liegt also ein Versuch vor, mit publizistischen Mitteln den rechtmässigen Gang der Justiz zu überspielen oder mindestens zu beeinflussen.
3. Zu Frage 5: Der dritte bemerkenswerte Aspekt beim Vorgehen des DM ist dessen Alibi-Funktion. Das DM, in dessen Leitung Mitglieder extremistischer Organisationen eine wesentliche Rolle spielen, greift offensichtlich das Archiv Cincera unter anderem mit dem Ziel an, von eigenen Archiven extremistischer Gruppen abzulenken. Man muss in einer Gesamtbeurteilung indessen alle politischen Archive einbeziehen und überdies auch noch die sehr verschiedenen Zielrichtungen des Archivs Cincera und der Archive extremistischer Organisationen im Auge behalten.

76.802 Einfache Anfrage Jaeger vom 29. November 1976

Politische Gesinnungsschnüffelei

Die grossangelegte Spitzelaktion des politischen Gesinnungsschnüfflers Cincera hat in breiten Kreisen des Schweizervolkes Empörung, Abscheu und Verunsicherung ausgelöst. Ich bitte den Bundesrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Trifft es zu, dass Cincera als Lieferant und Empfänger von Informationen aus seinem bzw. für sein Archiv auch mit Personen der Bundesverwaltung, so z. B. des EMD, zusammengearbeitet bzw. Kontakte gepflegt hat? Ist der Bundesrat bereit, diesbezüglich eine Untersuchung zu veranlassen?
2. Wird die Bundesanwaltschaft auch die Informationskontakte, die Cincera im Zusammenhang mit seinem Archiv mit dem Ausland unterhalten hat, überprüfen lassen?
3. Ist der Bundesrat bereit abzuklären, ob und inwieweit Oberstleutnant Cincera oder allenfalls seine Informationspartner die militärische Geheimhaltungspflicht und das Amtsgeheimnis verletzt haben sollen?
4. Ist der Bundesrat bereit, die schweizerische Öffentlichkeit über die Ergebnisse allfälliger Untersuchungen gemäss Ziffer 1 - 3 lückenlos zu orientieren?
5. Was gedenkt der Bundesrat zu tun, um dem umsichgreifenden Abbau der politischen Gesinnungsfreiheit, der zunehmenden Bedrängung der Meinungsfreiheit und der Persönlichkeitssphäre in unserem Lande Einhalt zu gebieten?

76.805 Einfache Anfrage Villard vom 29. November 1976

Affäre Cincera

Die Affäre Cincera - bei der die Untersuchungsbehörden, bevor sie sich des Zürcher Oberstleutnants annahmen, zuerst diejenigen einsperrten, denen das Verdienst zukommt, die Machenschaften aufgedeckt zu haben - ist wahrhaftig ein Anzeichen für eine gefährliche Entwicklung.

Wieder einmal ist in der Armee ein zweifelhafter Mann zu hoher Verantwortung gekommen, der vertrauliche Dokumente missbraucht, indem er sich möglicherweise die Hilfe von Komplizen zunutze macht. Das Unterfangen Cinceras ist in seiner Art gewiss nicht einzigartig. In mehreren Kantonen wurden Arbeitnehmer wegen ihrer politischen Einstellung oder ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit nicht eingestellt oder sogar entlassen. Wenn aber Arbeitgeber, und vor allem die öffentliche Verwaltung, dafür private Spitzeldienste beiziehen und gewisse Firmen, wie z. B. Kantonalkassen, ihr Geschäftsgeheimnis verletzen, um solchen Dienststellen vertrauliche Informationen zukommen zu lassen, so sind das schwerwiegende Verletzungen der von unserem Staat gewährleisteten demokratischen Freiheitsrechte.

Das sind die faschistischen Praktiken skrupelloser Arbeitgeber, Beamter und Politiker, die die Rezessionsstimmung ausnützen. Cincera und seinesgleichen stammen aus den reaktionärsten Gruppen gewisser Rechtsparteien. Diese täten gut daran, sich auf die Verfassungsgrundsätze zu besinnen, die auch sie zu verteidigen behaupten.

Mit diesen Verletzungen der Freiheitsrechte gehen vielfältige Druckversuche einher, wie sie gegenwärtig auf die Presse und vor allem auf Radio und Fernsehen ausgeübt werden. Diesen soll ein politischer Maulkorb angelegt werden. Auch da sind Klüngel am Werk, die ihre Propaganda verbreiten und Druck ausüben.

Ist der Bundesrat bereit, unter den Kadern unserer Armee und in den von ihm beaufsichtigten Einrichtungen entsprechende Untersuchungen durchzuführen, gegen die auf Bespitzelung von Personen und auf Pressezensur spezialisierten Organisationen geeignete Schritte einzuleiten und sehr energische Massnahmen zu ergreifen, um der besorgniserregenden Entwicklung antidemokratischer Praktiken ein Ende zu setzen?

76.807 Einfache Anfrage Renschler vom 29. November 1976

Affäre Cincera

Die demokratisch gesinnten Kreise unseres Volkes sind empört über die Spitzeltätigkeit von Oberstleutnant E. Cincera und seiner Tarnorganisationen. Die vom Demokratischen Manifest veröffentlichten Dokumente aus dem Archiv von Oberstleutnant Cincera geben Anlass zum dringenden Verdacht, dass dessen Aktivitäten strafrechtliche Tatbestände erfüllen, wie beispielsweise unrechtmässiger Besitz militärischer Akten und Verletzung militärischer Geheimnisse durch ihn oder Drittpersonen. Im Zusammenhang mit der Affäre Cincera bitte ich den Bundesrat um folgende Auskünfte:

1. Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass gegen Oberstleutnant Cincera eine militärische Untersuchung eingeleitet werden muss?
2. Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass die Gesinnungsschnüffelei von Oberstleutnant Cincera dem Ansehen unserer Armee schadet und dass dieser deshalb seiner hohen militärischen Funktionen zu entheben ist?

76.815 Einfache Anfrage Marthaler vom 1. Dezember 1976

Schutz des Rechtsstaates

In jüngerer Zeit ist eine deutliche Eskalation vorgeblich politisch motivierter Rechtsbrüche festzustellen. Ungesetzliche Demonstrationen, Besetzungen von Privathäusern und von amtlichen Gebäuden sowie Tötlichkeiten gegen Personen häufen sich. Die Besetzung des Baugeländes des Kernkraftwerks Kaiseraugst, die Beraubung des iranischen Konsulats

in Genf und die Entwendung von umfangreichem Material aus dem Archiv von E. Cincera in Zürich durch Mitglieder des "Demokratischen Manifests" bilden Glieder in dieser Kette. Solche Rechtsbrüche werden mit Hinweis auf angebliche politische Anliegen verharmlost.

Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass alles unternommen werden muss, um einem Abbau des Rechtsbewusstseins in weiten Kreisen wirksam entgegenzutreten?

Teilt der Bundesrat unsere Ueberzeugung, dass eine Verstärkung der staatsschützenden Organe notwendig ist, um sowohl der um sich greifenden ausländischen Spionage in der Schweiz als nötigenfalls auch den Wühlereien gegen unsere Institutionen zu begegnen und damit die Tätigkeit privater "Abwehrbüros" überflüssig zu machen?

Antwort des Bundesrates

1. Untersuchungen i. S. Cincera / Demokratisches Manifest

Im Vordergrund der strafrechtlichen Beurteilung der Erkenntnisse und Vorfälle in Sachen Ernst Cincera / Arbeitsgemeinschaft "Demokratisches Manifest" stehen in kantonaler Gerichtsbarkeit verfolgbare Tatbestände. So haben sich in erster Linie die Justizbehörden des Kantons Zürich mit dem Fall zu befassen. Die Untersuchung gegen Angehörige der Arbeitsgemeinschaft "Demokratisches Manifest" ist am 9. Februar 1977 teils mit Anklage und teils mangels strafrechtlich erfassbaren Verhaltens oder ungenügenden Beweises mit Einstellung abgeschlossen worden. Der Prozess beim Bezirksgericht Zürich hat insofern zu einem vorläufigen Ergebnis geführt, als die angeklagten DM-Mitglieder kürzlich im Kontumazialverfahren wegen Hausfriedensbruchs und teils wegen Sachbeschädigung zu bedingt vollziehbaren Freiheitsstrafen von zwischen 18 und 35 Tagen Gefängnis verurteilt worden sind.

Sowohl in kantonaler wie auch in bundesanwaltschaftlicher Kompetenz sind nach wie vor Ermittlungsverfahren pendent, welche die Prüfung eines allenfalls deliktischen Verhaltens von kantonalen bzw. eidgenössischen Beamten zum Gegenstand haben. In diesem Rahmen wird auch geprüft, ob und inwieweit sich allenfalls Ernst Cincera strafrechtlich zu verantworten habe. Ueberdies hat sich der Oberauditor der Armee aufgrund der bereits verfügbaren Unterlagen mit der Frage befasst, ob und inwieweit dem Militärstrafrecht unterstehenden Personen Gesetzesverstösse anzulasten seien; diese Frage wird im Rahmen einer militärgerichtlichen Untersuchung weiterverfolgt und mit Bezug auf einen Offizier konkret geprüft.

All diese noch laufenden Untersuchungen lassen derzeit keine abschliessende Beurteilung zu; eine solche wird erst die Einsicht in die nach wie vor unter Verschluss sichergestellten Archivakten des Ernst Cincera erlauben. Das gerichtliche Entsiegelungsverfahren ist im Gange.

2. Allgemeine Standortbestimmung

Die Gefahren, welchen unser Staat ausgesetzt ist, sind mannigfaltig. Neben Spionagehandlungen und Terrorakten, die von zunehmend grenzüberschreitender Tendenz gekennzeichnet sind, drohen unserem Land **auch** Gefahren seitens vereinzelter **extremistischer** Gruppen welche eine **radikale** Aenderung der Staats- und Gesellschaftsordnung mit ungesetzlichen Mitteln herbeizuführen beabsichtigen.

Wenn der Bundesrat, der einen guten Ueberblick über die verschiedenen Gefahren besitzt, auch die Auffassung vertritt, dass in unserem Land **eine** akute Bedrohung gegenwärtig nicht gegeben sei, so gilt es doch wachsam zu sein und Vorsorge zu treffen.

Um die drohenden Gefahren für Land und Bürger erkennen und ihnen begegnen zu können, ist die Bundesanwaltschaft von Gesetzes wegen mit der Durchführung eines Informations- und Fahndungsdienstes beauftragt; er dient der Wahrung der äussern und innern Sicherheit der Eidgenossenschaft. Dabei ist von Bedeutung, dass Art. 17 Abs. 3 des Bundesstrafprozesses ausdrücklich die Zusammenarbeit der Bundesanwaltschaft mit den kantonalen Polizeibehörden als Regel statuiert. Die Bundespolizei ihrerseits ist als Polizeidienst der Bundesanwaltschaft zur Beobachtung und Verhütung von Handlungen verpflichtet, welche geeignet sind, diese innere oder äussere Sicherheit des Landes zu gefährden.

Die Staatsschutzorgane sind somit ausdrücklich ermächtigt, ja verpflichtet, die mit Rücksicht auf ein frühzeitiges Erkennen latenter Gefahren erforderlichen Vorkehren zu treffen. Ihre Tätigkeit wäre wenig sinnvoll, wenn sie bis zum Eintritt schädigender Tatbestände zum Nachteil von Staat und Bürger zuwarten müssten. So gehören denn zu den Staatsschutzaufgaben neben repressiven auch präventive Massnahmen, vorab die Ueberwachung von Personen, die staatsgefährdender Umtriebe verdächtigt sind, sowie das Festhalten und Auswerten gewonnener Erkenntnisse. Mit Rücksicht auf die dem einzelnen Bürger gewährten Freiheitsrechte sind aber der Tätigkeit der Staatsschutzorgane Grenzen gesetzt: Strafprozessuale Eingriffe gegenüber bestimmten Verdächtigten sind nach allgemeiner staatsrechtlicher und strafprozessualer Lehre nur dann zulässig, wenn sie auf ausdrücklicher gesetzlicher Grundlage beruhen. Nur wenn es um die Abwehr unmittelbar drohender Gefahren und akuter Störungen geht, lassen sich die erforderlichen Präventivmassnahmen auf die polizeiliche Generalklausel abstützen.

Staatsschutz - in den Schranken des Rechtsstaates betrieben - hat letztlich die Erhaltung der persönlichen Freiheit des Einzelnen zum Ziel und soll Gewähr dafür bieten, dass dem Bürger in unserem Staat ein Leben in ruhigen und geordneten Verhältnissen möglich ist. Es gilt deshalb die Tätigkeit derjenigen wachsam zu verfolgen, welche unter Missachtung der demokratischen Spielregeln und Ausnützung der staatlich garantierten Freiheitsrechte die politische und individuelle Freiheit der Mitbürger beeinträchtigen wollen. Die Bestimmungen zum Schutz der staatlichen Ordnung

stehen solchermassen in einem Spannungsverhältnis zu den Werten, zu deren Schutz sie statuiert worden sind. Dem demokratischen Staatsverständnis, welches freie Meinungsäusserung sowie freie politische Willensbildung und Betätigung des Bürgers fordert, steht ein Schutzbedürfnis des Staates gegenüber, welches in bestimmten Bereichen eine Beschränkung der Freiheitsrechte erfordert, damit dem Missbrauch eben dieser Freiheitsrechte begegnet werden kann.

Dieser Staatsschutz obliegt ausschliesslich dem Staat und seinen Organen. Es sind die staatlichen Instanzen, die aufgrund gesetzlichen Auftrages das Sammeln und Auswerten von Erkenntnissen besorgen, Ueberwachungen durchführen sowie staatsgefährliche Umtriebe oder rechtswidrige Tätigkeiten extremer Gruppen zu verhindern oder zu bestrafen haben. Diese staatlichen Organe sind für ihre Handlungsweise strafrechtlich und disziplinarisch verantwortlich. Für eine private nachrichtendienstliche Tätigkeit in diesem Bereich bleibt nach Auffassung des Bundesrates in unserem demokratischen Staatswesen kein Raum, und wir haben in der Schweiz keine Veranlassung, private Polizeien und Informationsdienste, etwa im Stil von Bürgerwehren oder Spitzelorganisationen, zu dulden oder gar zu unterstützen. Denn unkontrolliertes und unkontrollierbares Sammeln und Weitergeben von persönlichkeitsbezogenen Daten unter Ausschluss der Öffentlichkeit birgt die Gefahr in sich, eben jene freiheitliche Ordnung in Frage zu stellen, die es zu schützen gilt.

Das will nicht heissen, dass Staatsschutz nicht auch ein Anliegen des einzelnen Bürgers sein muss. Staatsgefährliche Umtriebe sind Erscheinungen, mit denen sich der Einzelne befassen und auseinandersetzen soll.

Weit mehr noch als im Bereich der gewöhnlichen Verbrechen ist die Polizei für die Abwehr von Spionage und andern staatsgefährlichen Tätigkeiten auf eine Mitarbeit der Bevölkerung angewiesen. Daher lässt sich mit unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung sehr wohl vereinbaren, dass der einzelne Bürger wachsam ist, sich über angestellte Beobachtungen Gedanken macht und seine Feststellungen den zuständigen Stellen zur Kenntnis bringt. Schliesslich muss aber auch ein gezieltes, systematisches Sich-Informieren über politische Aktivitäten ohne und vor allem mit staatsfeindlicher Zielrichtung erlaubt sein, sofern es mit rechtlich zulässigen Mitteln erfolgt. Denn politische Tätigkeit ist aus der Sache heraus auf die Öffentlichkeit hin bezogen, auch wenn sie im Einzelfall nach dem Wunsche des politisch Tätigen - insbesondere wegen Illegalität - der Öffentlichkeit verborgen bleiben soll. Andererseits darf politische Tätigkeit selbst dann, wenn sie an sich der Öffentlichkeit zugänglich ist, nicht rechtswidrig in Erfahrung gebracht werden. Dies ergibt sich aus zivil- und vor allem strafrechtlichen Verboten, die verhindern sollen, dass der Öffentlichkeit an sich zugängliche Informationen durch unerlaubte Handlungen erlangt werden. Der zivilrechtliche Persönlichkeitsschutz erstreckt sich im übrigen auf jegliche Falschinformation betreffend politische Tätigkeit,

kann doch Falschinformation durch Privatpersonen zur Denunziation werden, wenn sie ohne das Wissen und die Möglichkeit des Betroffenen, dagegen aufzutreten, erhoben und weitergegeben wird. Hier liegen Ansatzpunkte für eine Vergiftung des politischen Klimas und in ihrem Ausmass - weil möglicherweise nicht genügend objektiv fundiert - gefährliche politische Verdächtigungen, die mit dem Geist unserer Demokratie, in welcher die politischen Gegensätze im Licht der Öffentlichkeit ausgetragen werden, nicht vereinbar sind.

Dass im Bereich des Persönlichkeitsschutzes ein Ausbau der geltenden Rechtsordnung erforderlich ist, steht für den Bundesrat fest. Die Auswertung der Vernehmlassungen zum Entwurf der Kommission Lüchinger betreffend Verstärkung des zivilrechtlichen Persönlichkeitsschutzes zeigt allerdings, dass dieses Anliegen nicht überall auf das nötige Verständnis stösst.

Ein Ausbau des Persönlichkeitsschutzes drängt sich heute jedoch vor allem mit Blick auf die modernen Methoden und die technischen Möglichkeiten der Beschaffung, Speicherung, Verarbeitung und Verbreitung von personenbezogenen Informationen auf. Hier genügen, auf längere Sicht betrachtet, die bestehenden rechtlichen Regelungen nicht mehr. Es gilt im öffentlich-rechtlichen wie im privatrechtlichen Bereich Datenschutznormen aufzustellen, die das Sammeln und Registrieren von personenbezogenen Daten gewissen Kontrollen und Beschränkungen unterwerfen, die Richtigkeit der gespeicherten Daten sicherstellen und das Verwenden und Weiterverbreiten dieser Daten einschränken. Es braucht Regelungen über die Organisation der Datenverarbeitung wie über die Sicherung von Datenverarbeitungsanlagen. Im Zusammenhang mit diesem Ausbau des Persönlichkeitsschutzes müssen auch die allgemeinen informationsrechtlichen Probleme unserer Gesellschaft erfasst werden: die Probleme des sich informieren wollenden, des unzureichend informierten, aber auch des von Informationen betroffenen Menschen - anders gesagt: die Bedürfnisse nach Informationszugriffsrechten und nach Informationsabwehrrechten, die wir nicht zuletzt im politischen Bereich empfinden. Die hier erforderlichen Studien und Vorbereitungen für legislatorische Massnahmen auf allen Stufen sind im Eidgenössischen Justiz und Polizeidepartement im Gange. Ueberdies werden auch die von Nationalrat Gerwig eingereichten parlamentarischen Initiativen zum Thema Persönlichkeits- und Datenschutz Gelegenheit bieten, die sich stellenden Probleme zu erörtern.

3. Beantwortung der gestellten Fragen

Ausgehend von diesen grundsätzlichen Erwägungen sowie mit Rücksicht auf die noch nicht abgeschlossenen Untersuchungsverfahren lassen die von den Herren Nationalräten Schmid, Friedrich, Jaeger, Villard, Renschler und Marthaler aufgeworfenen Fragen im gegenwärtigen Zeitpunkt folgende Beantwortung zu:

Es wurde dargelegt, wo nach Auffassung des Bundesrates die Grenzen zwischen wünschbarer Wachsamkeit und erlaubter Informations-tätigkeit des einzelnen Bürgers einerseits sowie Schnüffelei und Denunziation andererseits zu setzen sind. Im Rahmen und auf der Grundlage der politischen Rechte der Bürger und der verfassungsmässigen Meinungs- und Informationsfreiheit ist dem Bürger ein sehr weiter Bereich politischer Betätigung gewährleistet. Diese findet ihre Schranken namentlich am Schutz der Persönlichkeit und am Verbot der Verletzung der politischen, demokratischen Rechte der Mitbürger. Eine Informationstätigkeit, welche diese Schranken missachtet und die verfassungsmässige Meinungs- und Informationsfreiheit missbraucht, ist abzulehnen. Diese Grenzen gelten für jede Informationstätigkeit schlechthin, welcher politischen Grundhaltung und Denkrichtung sie auch immer entspringen möge. Die grundsätzliche Kritik richtet sich somit weder gegen eine bestimmte Einzelperson noch gegen bestimmte Gruppen und deren allenfalls bestehende Archive; sie will vielmehr die Grenze für den gesamten Bereich privater Informations-tätigkeit abstecken. Die Frage, inwieweit antidemokratischen Praktiken begegnet werden kann, findet ihre Beantwortung in der Grenzziehung zwischen polizeistaatlicher und freiheitlicher Staatsauffassung. Mit einer Verstärkung des personellen und technischen Abwehrpotentials, mit einer weiteren Ausdehnung des materiellen Strafrechtes und einem Ausbau der polizeilichen Kontroll- und Ueberwachungskompetenzen liessen sich das frühzeitige Erfassen und die Abwehr staatsfeindlicher Tätigkeiten unzweifelhaft besser verwirklichen. Die Frage kann und darf in unserem freiheitlichen Staat aber nicht dahingehend lauten, wie hoch die Zahl der Beschränkungen sein darf, die unsere demokratische Gemeinschaft verkraften kann, sondern mit wie wenig Beschränkungen ihr Bestand gesichert ist. Im Zuge der Untersuchung in Sachen Jeanmaire wurden jedoch System und Konzeption der gegenwärtig bestehenden Abwehrorganisation und des Staatsschutzapparates auf Bundes- und kantonaler Ebene erneut kritisch analysiert; es wird derzeit die Frage geprüft, inwieweit sich eine als notwendig erkannte Verstärkung unter den heutigen Verhältnissen realisieren lässt. Fest steht jedenfalls: Wir können den Staatsschutzorganen nicht die notwendigen personellen und technischen Mittel vorenthalten und gleichzeitig erwarten, dass sie erfolgreich tätig sind.

Der Frage, ob und inwieweit Ernst Cincera einerseits mit Bundesstellen und andererseits mit dem Ausland unzulässige Kontakte unterhalten hatte, wurde nachgegangen. Mit Bezug auf die Kontakte zum Ausland ist zunächst festzustellen, dass Herr Cincera ausserhalb der Schweiz vereinzelt Vorträge gehalten hat, eine Tätigkeit, die ihm nicht verboten war, wenn er es auch unterlassen hat, die zuständigen militärischen Stellen zu orientieren. Anhaltspunkte

dafür, dass er dabei in strafrechtlich erfassbarer Weise vertrauliche oder gar geheime Angaben weitergeleitet hätte, gibt es keine.

Was seine landesinternen Kontakte betrifft, so ist Ernst Cincera des öfters in militärischen Schulen und Kursen als Referent zum Thema Agitation und Subversion eingesetzt worden, Aufgebote, welche in die Kompetenz der zuständigen Truppenkommandanten fallen. Insbesondere hat er sich auch als Referent in Einführungskursen für Gesamtverteidigung zur Verfügung gestellt. Dass er sich bei dieser Informations- und Vortragstätigkeit engagiert hat, kann ihm nicht nachteilig angelastet werden. Auch fehlen Beweise dafür, dass er gesetzliche Vorschriften missachtet und sich strafbar gemacht hätte. Mit Ausnahme der sich aus dieser Vortrags- und damit verbundenen Informationstätigkeit ergebenden Kontakte zu Stellen des Eidgenössischen Militärdepartementes und zur Zentralstelle für Gesamtverteidigung, bei welchen Cincera höchstens vereinzelt die Rolle eines Informationslieferanten oder -empfängers zugefallen ist, hat es keine Zusammenarbeit zwischen ihm und Bundesstellen gegeben. Der Bundesrat sieht deshalb auch keine Veranlassung, spezielle Massnahmen zur Verhinderung einer Zusammenarbeit zu treffen.

Herr Villard hält in seiner Einfachen Anfrage fest, es sei wieder einmal ein "zweifelhafter Mann" zu hoher militärischer Verantwortung gelangt, der vertrauliche Dokumente missbrauche. Herr Renschler stellt die Forderung auf, Ernst Cincera seiner hohen militärischen Funktionen zu entheben. - Dazu ist festzustellen, dass heute ein Offizier wegen einer vorwiegend im zivilen Bereich ausgeübten Tätigkeit im Rampenlicht steht. Nichts bietet Grund zur Annahme, er sei seinen militärischen Pflichten nicht voll nachgekommen. Ob ein Missbrauch vertraulicher Dokumente vorliegt, werden die pendenten Verfahren zeigen. Mit einiger Sicherheit lässt sich dazu jedoch schon heute sagen, dass höchstens Unterlagen von untergeordneter Bedeutung in Frage stehen. - Ernst Cincera ist derzeit zugeteilter Stabsoffizier in einem Infanterie-Regiment. Die Voraussetzungen für eine Kommandoenthebung sind in Art. 19 der Militärorganisation sowie Art. 71 der Verordnung über die Beförderungen im Heere vom 16. November 1962 verankert. Diese Bestimmungen setzen für eine Kommando- oder Funktionsenthebung Unfähigkeit im Sinne fachtechnischen Ungenügens oder allgemein unkorrekten Verhaltens im Zusammenhang mit Charaktereigenschaften, welche mit der Stellung eines militärischen Vorgesetzten unvereinbar sind, voraus, wobei überdies die Möglichkeit weiterer dienstlicher Verwendung in einer andern Funktion ausgeschlossen sein muss. Diese Voraussetzungen sind im vorliegenden Fall nicht erfüllt.

Herr Friedrich meint in der Auseinandersetzung Cincera - "Demokratisches Manifest" eine "doppelte" Legalität, die unseren Rechtsstaat in Frage stelle, erkennen zu können, verurteilt das Vorgehen der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft "Demokratisches Manifest", welche sich als selbst ernannten Untersuchungsausschuss verstanden haben, und übt Kritik an der Art und Weise, wie einzelne Journalisten die Öffentlichkeit über die Vorfälle orientiert haben.

Der Bundesrat könnte die Auffassung des Interpellanten, es seien nach dem Prinzip der "doppelten Legalität" Recht und Gesetz verletzt worden, nicht teilen, soweit darin ein Vorwurf gegenüber den zuständigen Justizbehörden zum Ausdruck kommen sollte. Er hat keinen Anlass, das Vorgehen der zuständigen kantonalen Behörden in Zweifel zu ziehen. Die Anklage der Zürcher Untersuchungsbehörde gegen Mitglieder des Demokratischen Manifestes sowie das vorläufig ergangene Abwesenheitsurteil des Gerichtes haben bestätigt, dass der Wille zur strafrechtlichen Verfolgung aller allfälliger Rechtsbrüche gegeben ist.

Mit Herrn Friedrich hält der Bundesrat aber dafür, dass das von Mitgliedern des Demokratischen Manifestes praktizierte Vorgehen zur Beschaffung der im Besitz von Ernst Cincera befindlichen Unterlagen wie auch das Verhalten nach der Inbesitznahme gegenüber den Behörden mit unserer Rechtsordnung nicht vereinbar ist. Die widerrechtlich erfolgte Aneignung von Dokumenten fällt in den Bereich gewöhnlicher Kriminalität und ist nach Ansicht des Bundesrates keinesfalls zu rechtfertigen. Rechtsstaatliches Denken lässt doppelte Legalität und in ihr begründete Methoden nicht zu. Verfassung und übrige Rechtsordnung gelten für alle Bürger in unserem Staat in gleicher Weise.

Was die an der Informationspolitik einzelner Journalisten geübte Kritik betrifft, kann zutreffen, dass die Berichterstattung gelegentlich die nötige Objektivität und eine im Anfangsstadium der Untersuchung wünschbare Zurückhaltung hat vermissen lassen. Es ist jedoch nicht Sache des Bundesrates, darüber zu urteilen. Die bedeutsame Aufgabe, das Rechtsbewusstsein des einzelnen Bürgers durch eine sachlich fundierte Berichterstattung und Kommentierung zu erhalten und zu stärken, wird jedenfalls vom überwiegenden Teil der Journalisten verantwortungsbewusst wahrgenommen.

Mit Bezug auf die Frage einer weitergehenden Orientierung der Öffentlichkeit ist festzustellen, dass diese in erster Linie Sache der zuständigen Justizbehörden ist, sobald und soweit die Untersuchungsergebnisse dies zulassen. Der Bundesrat behält sich jedoch vor, Parlament und Öffentlichkeit je nach Entwicklung der Angelegenheit in einem späteren Zeitpunkt ergänzend zu informieren.

4. Zusammenfassung

Unsere freiheitliche Rechtsordnung mit verfassungsmässig garantierter Meinungsäusserungsfreiheit gewährleistet dem einzelnen Bürger einen weiten Spielraum politischer Betätigung. Innerhalb der durch diese Rechtsordnung gesteckten Grenzen ist jeder Einzelne in diesem Staat dazu aufgerufen, wachsam zu sein. Unser Zusammenleben in einer Demokratie gründet aber auf gegenseitigem Vertrauen und verlangt von jedem Mitglied der Gemeinschaft Respekt vor der Freiheit des andern.

Vor menschlichem Versagen, Kriminalität und staatsfeindlichen Bestrebungen ist auch unser Staat nicht gefeit. Diese rechtzeitig zu erkennen und ihnen möglichst wirksam zu begegnen, ist grundsätzlich Sache der unter spezieller Verantwortung handelnden staatlichen Organe. Ihnen obliegt der Staatsschutz und die hiezu erforderliche Informationstätigkeit. Dies schliesst ein Beschaffen von Informationen und Erkenntnissen durch Private nicht aus, soweit es im Rahmen der Rechtsordnung unter Wahrung der individuellen Persönlichkeitsrechte erfolgt. Wachsam beobachten ist nicht gleichzusetzen mit Bespitzeln und rechtswidriger Informationsbeschaffung, Mitarbeit der Bevölkerung nicht mit Denunziation. Ein gesundes Rechtsbewusstsein zu erhalten und zu stärken, ist Aufgabe von Justizbehörden, Parlament, Regierung und nicht zuletzt der Massenmedien. Denn dieses Rechtsbewusstsein und eine von Vertrauen und Zuversicht getragene Bejahung unserer freiheitlichen Ordnung bieten die beste Gewähr für die Erhaltung eines gesunden politischen Klimas.

76.476 Interpellation Schmid-Saint-Gall du 29 novembre 1976

Affaire Cincera

Le Conseil fédéral est invité à dire ce qu'il pense, sur le plan politique, des activités du centre d'informations dirigé par Ernst Cincera, qui ont été révélées. Le Conseil fédéral n'est-il pas aussi de l'avis que non seulement la formation de la volonté politique au sein de l'Etat démocratique, mais encore la protection de la vie privée des individus ont subi de graves atteintes du fait de la délation organisée qui, pour une part, sert apparemment de base à l'agence de renseignements Cincera? Que compte faire le Conseil fédéral pour que toute collaboration entre des services fédéraux et de telles organisations soit empêchée à l'avenir?

Cosignataires

Blum, Bundi, Egli-Winterthour, Fraefel, Lang, Nauer, Rothen, Villard, Welter, Wyler, Zehnder.

Développement

1. On demande d'apprécier l'activité du centre d'informations dirigé par M. Ernest Cincera du point de vue politique. Dans un Etat observant la séparation des pouvoirs, il appartient aux tribunaux de déterminer et, le cas échéant, de réprimer les actes illicites. Quant au Parlement et au gouvernement, il leur incombe d'apprécier la situation sur le plan politico-juridique et, s'il le faut, de s'employer à établir les règles nécessaires.
2. On n'a jamais mis en doute jusqu'à présent que M. Ernest Cincera et le centre d'informations qu'il dirige, constituent depuis des années des dossiers sur des milliers de citoyens qui se sont engagés en faveur de réformes politiques. Outre des délateurs agissant à titre personnel et des mouchards payés pour leur travail, des services officiels compteraient également au nombre des informateurs de M. Cincera. Le Service de santé du Département militaire fédéral, notamment, procéderait à un échange régulier d'informations d'ordre strictement personnel avec M. Cincera. On ne met également pas en doute le fait que celui-ci transmet les informations recueillies à des entreprises, des associations, des particuliers et des services de l'Etat. De pareilles activités peuvent, sur le plan des droits de la personne, léser les citoyens sur lesquels de telles informations circulent. Certes, l'article 28 du code civil assure la protection des intérêts personnels. Comme les intéressés n'ont toutefois pas la possibilité de se prononcer sur les déclarations faites à leur sujet, puisqu'ils n'en ont pas connaissance, le régime juridique en vigueur n'est pas suffisant. Il est particulièrement nécessaire d'assurer une protection suffi-

- 2 -

sante contre l'utilisation abusive d'informations d'ordre personnel en une période de sous-emploi. En effet, la carrière professionnelle d'un salarié risque d'être compromise par la communication de tels renseignements; c'est par exemple le cas lorsqu'un employeur, se fondant sur les informations peut-être inexactes fournies par M. Cincera, refuse de l'engager. Une telle menace peut, à son tour, avoir des effets très néfastes sur le plan de la discussion des affaires politiques dans notre pays, car elle pourrait empêcher les citoyens de s'exprimer avec la clarté et la liberté qui permettent à la volonté politique de se dégager nettement.

3. M. Gerwig, conseiller national a, dans deux initiatives (77.223/4) du 22 mars 1977, indiqué la voie à suivre pour améliorer la protection de la personnalité. Comme il n'est pas sûr que la constitution fournisse une base suffisante pour édicter des dispositions relatives à la protection de la personnalité contre l'enregistrement, la modification et la transmission par l'Etat ou par des particuliers, de données d'ordre personnel, il convient d'insérer d'abord dans la constitution une disposition donnant la compétence expresse de légiférer dans ce domaine. La loi adoptée sur cette base déterminerait le droit de chaque personne de prendre connaissance - sous réserve d'intérêts publics et privés majeurs - et de faire corriger tous les documents et informations recueillis sur elle par les autorités et les particuliers.

76.511 Interpellation Friedrich du 17 décembre 1976

Affaire "Manifeste démocratique"

Comme on le sait, des fonctionnaires du Manifeste démocratique ont pénétré dans les archives d'Ernst Cincera, à Zurich et y ont dérobé de nombreux documents. Ceux qui ont participé à ce coup se sont refusé longtemps à remettre le matériel détourné aux autorités compétentes, l'ont apprécié selon leurs propres critères et ont inondé les moyens de communication collective d'assertions incontrôlables, qui visaient unilatéralement à diffamer Ernst Cincera, à celer les délits commis par le Manifeste démocratique et à couvrir les agissements d'organisations d'extrême gauche.

Je demande donc au Conseil fédéral de préciser:

1. Ce qu'il pense du fait qu'en l'occurrence, une fois de plus le droit et la loi ont été violés par des adeptes de la "double légalité", et que les principes régissant l'Etat fondé sur le droit, que la Confédération est en premier lieu chargée de sauvegarder, sont remis en question.
2. Comment il apprécie le fait qu'un groupe de personnes détournant des documents, disparaît, s'érige lui-même en comité d'enquête et s'emploie à faire partager aux autorités et au

- 3 -

public sa propre version des choses.

3. Comment juge-t-il le fait qu'après ces péripéties, un petit groupe de journalistes, qui avait collaboré en partie avec les délinquants, s'est adressé à l'opinion publique par le canal d'importantes agences d'information en déformant les faits.
4. Quelle est son attitude face à la tentative de "liquider" quelqu'un par des moyens publicitaires, bien qu'à l'époque où la campagne a été engagée, il n'y avait aucune preuve d'un comportement illicite, et de faire ainsi fi de toute procédure juridique.
5. Finalement, que pense-t-il du fait que, si l'on a abondamment mis en relief les archives Cincera, on a soigneusement passé sous silence l'existence de nombreuses archives d'organisations d'extrême gauche, telles que celles de l' "Aide rouge".

Cosignataires

Ammann-Berne, Bommer, Bonnard, Bretscher, Dürr, Dürrenmatt, Eng, Feigenwinter, Fischer-Berne, Früh, Gautier, Graf, Grünig, Gut, Hofer, Hungerbühler, Keller, Kunz, Letsch, Leutenegger, Marthaler, Matossi, Meier Kaspar, Meyer Helen, Muff, Nef, Oehler, Reichling, Ribl, Risi-Schwyz, Roth, Rüegg, Schalcher, Schutz-Grisons, Sigrist, Ueltschi, Vetsch, Wellauer.

Développement

1. 1re et 2e questions: Le différend qui oppose le Manifeste Démocratique à Ernst Cincera concerne, à divers égards, l'Etat fondé sur le droit. La première phase de conflit, pour le moins, en a donné une vue très unilatérale. Le Manifeste Démocratique, pour sa part, s'est, en quelque sorte, érigé en gardien de l'ordre juridique et légal, allant même jusqu'à s'arroger les fonctions de juge d'instruction. En réalité, cette organisation a agi de manière notoirement illicite; en effet, non contente de dérober des documents, elle les a soustraits - certains d'entre eux le sont encore - aux autorités chargées de l'instruction. Une fois de plus, la théorie de la "double légalité" s'est traduite dans les faits.
2. 3e et 4e questions: Il est clair qu'Ernest Cincera a fait l'objet d'une campagne bien orchestrée qui visait en quelque sorte à le condamner par avance à un moment où certes une instruction était en cours mais où l'on n'avait encore découvert aucun indice permettant de l'inculper. A l'heure actuelle d'ailleurs, aucune procédure pénale n'a été engagée ni aucune plainte déposée contre lui. Il faut donc voir là une tentative de la part du Manifeste Démocratique de faire fi, à grand renfort de moyens publicitaires, du cours légal de la justice ou, pour le moins, d'influer sur ce cours.

- 4 -

3. 5e question: L'action menée par le Manifeste Démocratique comporte un troisième aspect notable: elle fait diversion. En effet, ce mouvement dont les principaux dirigeants appartiennent à des organisations extrémistes s'en prend manifestement aux archives Cincera aux fins surtout de détourner l'attention des autorités et du public de l'existence d'archives de groupes extrémistes. S'il y a lieu de ranger dans une seule et même catégorie toutes les archives à caractère politique, il ne faut pas perdre de vue les objectifs très différents que cherchent à atteindre Cincera et les organisations extrémistes en tenant des archives.

76.802 Question ordinaire Jaeger du 29 novembre 1976

Opinions politiques. Collecte d'informations

L'entreprise de délation menée sur une grande échelle par Cincera, mouchard d'opinions politiques, a suscité l'indignation, le dégoût et l'insécurité dans de larges milieux du peuple suisse. Je demande donc au Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes:

1. Est-il exact qu'en tant que fournisseur et acquéreur d'informations puisées dans ses propres archives ou destinées à y trouver place, Cincera a aussi collaboré ou entretenu des rapports avec des fonctionnaires de l'administration fédérale, du DMF par exemple? Le Conseil fédéral est-il prêt à ordonner une enquête sur ce sujet?
2. Le Ministère public fédéral fera-t-il aussi passer au crible les contacts que Cincera, en rapport avec ses archives, a entretenus avec l'étranger à des fins d'information?
3. Le Conseil fédéral est-il disposé à faire établir si et jusqu'à quel point l'obligation d'observer le secret militaire et le secret de fonction a été violée par le lieutenant-colonel Cincera ou, le cas échéant, par ses correspondants?
4. Le Conseil fédéral est-il prêt à renseigner intégralement l'opinion publique suisse sur les résultats que pourraient fournir d'éventuelles enquêtes, dont il est question aux chiffres 1 à 3 ci-dessus?
5. Que compte faire le Conseil fédéral pour mettre le holà, dans notre pays, au démantèlement de la liberté de pensée sur le plan politique, qui gagne sans cesse du terrain, à la limitation toujours plus forte de la liberté d'opinion, ainsi qu'aux atteintes grandissantes portées à la vie privée des citoyens?

76.805 Question ordinaire Villard du 29 novembre 1976

Affaire Cincera

L'affaire Cincera - dans laquelle la justice commence par enfer-

- 5 -

mer ceux qui ont eu le mérite de dévoiler le pot-aux-roses avant de s'intéresser au lieutenant-colonel zurichois - est en fait l'indice d'une évolution dangereuse.

De nouveau un individu douteux accède à des hautes responsabilités dans notre armée et, profitant peut-être de complicité, abuse de documents confidentiels. L'entreprise Cincera n'est certainement pas unique en son genre. Dans plusieurs cantons, des salariés ne sont pas engagés ou sont licenciés en raison de leurs opinions politiques ou de leur engagement syndical. Le fait que des employeurs et notamment des administrations publiques aient recours à cet effet à des services privés d'espionnage individuel, que des entreprises telles que des banques cantonales violent leur secret professionnel pour donner à de tels services des informations confidentielles, sont des graves atteintes aux libertés démocratiques garanties par notre Etat.

Ces pratiques fascistes sont utilisées par des employeurs, des fonctionnaires et des hommes politiques sans scrupules, qui profitent du climat créé par la récession économique. Cincera et les personnages de son espèce se recrutent dans les courants les plus réactionnaires de certains partis de droite; ceux-ci feraient bien de se rappeler les principes constitutionnels dont ils se prétendent aussi les défenseurs.

Ces atteintes liberticides sont parallèles à toutes sortes de pressions exercées actuellement sur la presse et en particulier sur la radio et la télévision, afin d'y imposer une censure politique; là aussi, des officines de propagande et de pression sont à l'oeuvre.

Le Conseil fédéral est-il prêt à faire les enquêtes adéquates parmi les cadres de notre armée et dans les institutions qu'il contrôle, à prendre en mains les procédures appropriées à l'encontre des officines spécialisées dans l'espionnage individuel et dans la censure de presse, et à prendre les mesures les plus énergiques pour mettre un terme à l'inquiétant développement de pratiques anti-démocratiques?

76.807 Question ordinaire Renschler du 29 novembre 1976

Affaire Cincera

Les milieux de notre population qui sont attachés à l'idéal démocratique sont indignés par l'activité de délation du lieutenant-colonel E. Cincera et de ses organismes camouflés. Les documents tirés des archives du lieutenant-colonel Cincera, que le Manifeste démocratique a publiés, font gravement présumer que les activités de ce personnage constituent des infractions pénales, telles que la possession illicite, par lui ou par des tiers, de documents militaires et la violation de secrets militaires. Je demande donc au Conseil fédéral de fournir, en rapport avec l'affaire Cincera, des renseignements sur les points suivants:

- 6 -

1. Le Conseil fédéral est-il aussi de l'avis qu'une enquête militaire doit être ouverte contre le lieutenant-colonel Cincera?
2. Le Conseil fédéral n'estime-t-il pas également que le mou-chardage d'opinion pratiqué par le lieutenant-colonel Cincera nuit à la réputation de notre armée et qu'il y a lieu, par conséquent, de le relever de ses hautes fonctions militaires?

76.815 Question ordinaire Marthaler du 1er décembre 1976

Protection de l'Etat constitutionnel

Ces derniers temps, nous avons constaté une nette recrudescence d'actes délictueux perpétrés pour des motifs prétendument politiques. Manifestations illégales, occupations de maisons particulières et de bâtiments publics et voies de fait se multiplient. L'occupation du chantier de la centrale nucléaire de Kaiseraugst, le vol de dossiers au Consulat d'Iran à Genève et la soustraction par des membres du "Manifeste démocratique" de nombreux documents dans les archives de E. Cincera à Zurich s'inscrivent dans cette série de délits, dont on minimise la gravité en prétendant qu'ils répondent à des mobiles politiques.

Le Conseil fédéral n'est-il pas également d'avis qu'il importe de tout mettre en oeuvre pour faire efficacement front à ceux qui, dans de nombreux milieux, portent atteinte à l'ordre juridique établi?

N'est-il pas, comme nous, persuadé que le renforcement de l'appareil qui assure la protection de notre Etat s'impose aux fins de tenir en échec l'espionnage de plus en plus répandu ainsi que les menées subversives dirigées contre nos institutions? Ne pense-t-il pas que cette mesure rendrait superflue l'activité d'agences privées de renseignements?

Réponse du Conseil fédéral

1. Enquêtes dans l'affaire Cincera / Manifeste démocratique

Le jugement à porter, au point de vue du droit pénal, sur les faits reconnus et sur tout ce qui touche le différend opposant Ernst Cincera au groupe de travail "Manifeste démocratique" concerne surtout des actes qui relèvent des juridictions cantonales. Ce sont en premier lieu les autorités judiciaires du canton de Zurich qui doivent traiter le cas. L'enquête ouverte contre des membres du groupe de travail "Manifeste démocratique" a été close le 9 février 1977, en partie par une mise en accusation et en partie, en l'absence d'un comportement passible de sanctions pénales ou encore pour insuffisance de preuves, par un non-lieu. Le procès devant le tribunal de district de Zurich a connu un dénouement provisoire,

-7-

les membres du Manifeste démocratique accusés ayant été condamnés dernièrement, par contumace, pour violation de domicile et parfois aussi pour dommages matériels, à des peines conditionnelles d'emprisonnement allant de 18 à 35 jours.

Des investigations sont encore en cours, qui relèvent aussi bien de la compétence des cantons que de celle du Ministère public de la Confédération, en vue de déterminer si des fonctionnaires fédéraux ou cantonaux ont eu, dans cette affaire, un comportement délictueux. L'enquête doit également examiner si Ernst Cincera pourrait avoir à répondre de ses actes devant le tribunal, et si oui, dans quelle mesure. En outre, l'auditeur en chef de l'armée a étudié, sur la base des documents disponibles, la question de savoir si des infractions à la loi peuvent être mises à la charge de personnes soumises au droit pénal militaire, et à quel point elles pourraient l'être; cette question sera examinée plus avant au cours d'une enquête menée par les tribunaux militaires et qui tient compte de la situation d'un officier.

Ces enquêtes n'étant pas encore terminées, il n'est pas possible de porter pour le moment un jugement définitif; on ne pourra le faire qu'après avoir pris connaissance des archives d'Ernst Cincera, qui sont toujours sous scellés. La procédure judiciaire de levée des scellés est en cours.

2. Le point de la situation

Les dangers auxquels est exposé notre Etat sont nombreux et variés. En plus des actes d'espionnage et de terrorisme qui prennent de plus en plus un caractère international, les menaces pesant sur notre pays viennent des groupements extrémistes isolés, qui cherchent à modifier radicalement, par des moyens illégaux, notre ordre politique et social.

Même si nous, qui sommes bien placés pour juger des dangers que court le pays, sommes d'avis qu'aucune menace grave n'existe en ce moment pour la Suisse, il s'agit tout de même de demeurer vigilants et de tout prévoir.

Pour permettre de déceler les dangers encourus par notre pays et par ses citoyens et d'y parer, la loi charge le Ministère public de la Confédération d'organiser un service d'information et d'enquêtes, dans l'intérêt de la sécurité de la Confédération à l'intérieur de ses frontières et par rapport à l'étranger. Il est significatif qu'à ce sujet l'article 17, 3e alinéa, de la loi fédérale sur la procédure pénale parle expressément, comme d'une règle générale, de la collaboration entre le Ministère public de la Confédération et les autorités de police des cantons. La police fédérale, de son côté, en tant que service de police dépendant du Ministère public de la Confédération, est chargée de déceler et de prévenir les actes qui seraient de nature à compromettre cette double sécurité du pays.

Les services chargés de la sécurité de l'Etat sont ainsi expressément autorisés, voire tenus de prendre toutes les mesures nécessaires pour découvrir assez tôt les dangers latents. Leur activité aurait peu de sens s'ils étaient obligés d'attendre que des actes soient commis au détriment de l'Etat et des citoyens. Les tâches de ces services impliquent par conséquent des mesures non seulement répressives, mais aussi préventives, et en particulier la surveillance des personnes soupçonnées de menées subversives, ainsi que le stockage et l'utilisation des informations acquises. Cependant, des limites doivent être fixées à l'activité des services veillant à la sécurité de l'Etat, dans l'intérêt des libertés garanties à chaque citoyen : les interventions relevant de la procédure pénale à l'encontre de suspects déterminés ne sont autorisées, d'après la doctrine commune en matière de droit public et de procédure pénale, que si elles s'appuient sur une base légale expresse. C'est uniquement lorsqu'il s'agit de parer à des dangers immédiats ou à des troubles graves que la clause policière générale peut être invoquée pour justifier des mesures préventives.

La sauvegarde de la sécurité - dans les limites assignées par l'Etat fondé sur le droit - a pour but essentiel de sauvegarder la liberté personnelle de l'individu; elle doit permettre au citoyen de notre pays de vivre dans une société où règnent la tranquillité et l'ordre. C'est pourquoi il importe de surveiller attentivement l'activité de ceux qui, au mépris des règles du jeu démocratique et en abusant des libertés qui leur sont garanties par l'Etat, veulent empêcher les citoyens de jouir de leur liberté politique et individuelle. Il s'ensuit une tension entre les dispositions visant à protéger l'ordre public et les valeurs pour la protection desquelles ces dispositions ont été établies. A la notion démocratique de l'Etat, qui implique la libre expression d'opinion, la libre formation de la volonté politique et la libre activité du citoyen, s'oppose de la part de l'Etat un besoin de protection qui exige une restriction des libertés dans certains domaines, afin, précisément, de prévenir l'abus de ces mêmes libertés.

Cette protection de l'Etat incombe exclusivement à l'Etat lui-même et à ses services. Les autorités publiques sont seules chargées, par un mandat légal, de recueillir et d'utiliser des informations, d'exercer une surveillance et de prévenir ou de réprimer les menées subversives ou les activités illégales de groupements extrémistes. Ils appliquent leurs méthodes de travail sous leur propre responsabilité, tant en ce qui touche le droit pénal qu'au point de vue disciplinaire. De notre avis, il n'y a pas place, dans notre régime démocratique, pour un service de renseignements privé dans ce domaine et nous n'avons en Suisse aucune raison de tolérer, et encore moins de favoriser des polices ou des services non officiels de renseignements dans le genre, par exemple, des organisations de défense des citoyens

ou de certains services privés d'espionnage. Car l'acquisition et la transmission incontrôlées et incontrôlables d'informations de caractère personnel à l'insu de l'opinion publique risquent de remettre en question cet ordre libéral qu'il s'agit de protéger.

Ce qui ne veut pas dire que la sécurité de l'Etat n'est pas également l'affaire du simple citoyen. Les menées subversives sont des phénomènes dont tout un chacun doit se préoccuper.

Bien plus encore que dans le domaine de la criminalité ordinaire, la police doit pouvoir compter sur la collaboration de la population lorsqu'il s'agit de se défendre contre l'espionnage et autres activités subversives. Par conséquent, que le simple citoyen soit vigilant, qu'il s'inquiète de ce qu'il observe et en fasse part aux services compétents, il n'y a rien là d'inconciliable avec notre ordre libéral et démocratique. Notons enfin que la recherche intentionnelle et systématique d'informations sur les activités politiques, celles surtout qui ont un caractère subversif, doit être permise, pourvu que les moyens utilisés soient conformes au droit. Par sa nature même, en effet, l'activité politique concerne aussi l'opinion publique, même si, dans un cas donné et selon le vœu de celui qui la pratique - en particulier pour cause de non conformité à la loi - l'opinion publique doit être tenue à l'écart. D'autre part, on n'a pas le droit d'enquêter par des moyens illégaux sur l'activité politique, même lorsque celle-ci est par nature accessible au public. Ceci ressort des interdictions de droit civil et surtout de droit pénal qui empêchent de se procurer illégalement des informations accessibles en soi au public. La protection de la personnalité en droit civil s'étend du reste à toute fausse information concernant l'activité politique; en effet, une fausse information provenant de particuliers peut devenir une dénonciation, lorsqu'elle est livrée et qu'elle se transmet à l'insu de l'intéressé et sans qu'il ait la possibilité de se défendre. Ce sont-là des facteurs susceptibles d'empoisonner le climat politique et dans une certaine mesure - parce que manquant peut-être d'un fondement suffisamment objectif - de créer des suspicions politiques dangereuses, inconciliables avec l'esprit d'une démocratie directe, où les antagonismes politiques doivent se manifester en pleine lumière.

Nous sommes persuadés qu'il est indispensable de développer l'ordre juridique actuel dans le domaine de la protection de la personnalité. Le dépouillement des réponses à la consultation sur le projet de la commission Lüchinger concernant le renforcement de la protection de la personnalité en droit civil démontre du reste que cette question ne rencontre pas partout la compréhension nécessaire.

Mais ce qui fait qu'il est particulièrement urgent aujourd'hui de développer la protection de la personnalité, c'est l'existence des méthodes modernes et des moyens techniques de se procurer des informations à caractère personnel, de les stocker, de les traiter et de les diffuser. A longue échéance, les réglementations actuelles ne suffiront plus. Il s'agit d'établir, aussi bien dans le domaine du droit public que dans celui du droit privé, des règles de protection des informations soumettant à certains contrôles et à certaines restrictions la recherche et l'enregistrement de données à caractère personnel; de garantir la justesse des données emmagasinées; enfin, d'en restreindre l'utilisation et la diffusion. Des réglementations sont nécessaires en ce qui touche l'organisation du traitement électronique de l'information aussi bien que la protection des installations nécessaires. Cette protection de la personnalité, qu'il s'agit de renforcer, exige en outre que l'on étudie également les problèmes généraux du droit à l'information dans notre société : les problèmes de celui qui souhaite s'informer, de celui qui est ~~insuffisamment~~ informé, mais aussi de celui que touchent les informations - en d'autres termes : il faut connaître les besoins en matière de droit d'accès à l'information et quant au droit de se défendre contre l'information. Les études et les préparatifs indispensables à de telles mesures législatives à tous les degrés sont en cours au Département fédéral de justice et police. De plus, les initiatives parlementaires déposées par le conseiller national Gerwig au sujet de la protection de la personnalité et de l'information fourniront l'occasion de discuter les problèmes qui se posent dans ce domaine.

3. Réponse aux questions posées

En partant de ces considérations fondamentales et compte tenu des investigations en cours dans une enquête non encore close, la réponse suivante peut être donnée, en l'état actuel des choses, aux questions de MM. les conseillers nationaux Schmid, Friedrich, Jaeger, Villard, Renschler et Marthaler :

nous avons exposé où, à notre avis, il fallait situer la frontière entre une vigilance souhaitable et le désir licite du citoyen d'être bien informé, d'une part, de même qu'entre la collecte d'informations et la délation d'autre part.

Dans les limites de ses droits politiques et sur la base de ceux-ci, ainsi que de la liberté d'opinion et de la libre information garanties par la constitution, le citoyen dispose de possibilités très étendues d'exercer une activité politique. Celle-ci a notamment pour limites la protection de la personnalité et l'interdiction de léser les droits politiques et démocratiques d'un concitoyen. Un service de renseignements qui ne tient pas compte de

ces limitations et abuse de la liberté d'opinion et d'information garantie par la constitution ne peut pas être toléré. Cette délimitation vaut pour tout service de renseignements, quelles que soient son appartenance ou son orientation politique. La critique principale n'est donc dirigée ni contre une personne déterminée ni contre certains groupes et leurs archives, s'ils en ont; elle entend plutôt établir une limite s'appliquant à l'ensemble des services de renseignements privés. La question de savoir dans quelle mesure peuvent apparaître des pratiques antidémocratiques trouve sa réponse dans la délimitation des deux conceptions, policière et libérale, de l'Etat. Il est incontestable qu'un renforcement du potentiel de défense, soit des effectifs et des moyens techniques, joint à une extension ultérieure du droit pénal, quant à son fond, et à des mesures visant à accroître les compétences de la police en matière de contrôle et de surveillance permettrait d'améliorer les possibilités de découvrir précocement les activités contraires aux intérêts de l'Etat et, partant, de mieux les combattre. Dans notre Etat de caractère libéral, cependant, la question qui peut et doit se poser n'est pas combien de limitations notre communauté démocratique est à même de supporter, mais plutôt quel est le nombre minimal de mesures restrictives suffisant à garantir son existence. Au cours de l'enquête concernant l'affaire Jeanmaire, le système et la conception de l'organisation actuelle de la défense et de l'appareil destiné à sauvegarder la sécurité de l'Etat, au niveau cantonal et fédéral, ont de nouveau fait l'objet d'une analyse critique; on s'efforce en ce moment de déterminer à quel point le renforcement, reconnu nécessaire, des moyens existants est possible dans les conditions actuelles. Un fait en tout cas, est indéniable : nous ne pouvons pas priver les services chargés de veiller à la sécurité de l'Etat des ressources nécessaires, en ce qui touche les effectifs et les moyens techniques, et n'attendre malgré tout que des succès.

On s'est attaché à déterminer dans quelle mesure Ernst Cincera entretenait indûment des relations avec certains services fédéraux d'une part et avec l'étranger d'autre part. En ce qui concerne ses contacts avec l'étranger, il faut noter tout d'abord que Monsieur Cincera a donné çà et là des conférences hors de Suisse: c'est là une activité qui ne lui était pas interdite, bien qu'il ait omis d'en informer les services de l'armée compétents. Mais rien ne permet d'affirmer qu'il ait, à cette occasion, transmis des renseignements confidentiels, voire secrets, dont la divulgation appelle des mesures pénales.

Pour ce qui est de ses contacts à l'intérieur de nos frontières, Ernst Cincera a très souvent été invité à présenter, dans des écoles ou des cours militaires, des exposés traitant de l'agitation et des activités subversives; c'est une tâche qui est pleinement du ressort d'un officier chargé d'un commandement. Il s'est également offert à apporter sa contribution, en tant qu'orateur, à des cours d'introduction à la défense générale. Le fait qu'il

-12-

se soit engagé dans cette activité d'informateur et de conférencier ne saurait être utilisé contre lui. Il n'existe pas non plus de preuves qu'il se soit rendu coupable d'infractions à certaines prescriptions légales. En dehors des contacts qu'impliquait cette activité de conférencier et de l'échange d'informations qu'elle supposait, avec divers services du Département militaire fédéral et notamment avec l'Office central de la défense, auxquels toutefois Cincera n'a qu'occasionnellement fourni ou demandé des informations, il n'y a pas eu de collaboration avec les services fédéraux. Aussi rien ne nous incite-t-il à prendre des mesures spéciales pour empêcher une collaboration éventuelle.

Dans sa question ordinaire, Monsieur Villard déclare qu'une fois de plus, un "individu douteux" a accédé à de hautes responsabilités dans l'armée et a abusé de documents confidentiels. Monsieur Renschler, pour sa part, estime qu'il y a lieu de relever Ernst Cincera de ses hautes fonctions militaires. Il convient de préciser que c'est en raison d'une activité menée essentiellement dans le domaine civil qu'un officier se trouve, dans le cas de Cincera, exposé au premier plan à l'attention du public. Rien ne donne à penser qu'il n'ait pas pleinement accompli ses devoirs militaires. Quant à un abus éventuel de documents confidentiels, les enquêtes en cours établiront s'il a eu lieu. On peut cependant d'ores et déjà affirmer de manière assez sûre qu'il ne pourrait s'agir que de documents de moindre importance. Actuellement Ernst Cincera est affecté, en qualité d'officier d'état-major, à un régiment d'infanterie. Les conditions pour qu'un officier soit relevé de son commandement sont définies à l'article 19 de l'organisation militaire, de même qu'à l'article 71 de l'ordonnance du 16 novembre 1962 sur l'avancement dans l'armée. Ces dispositions donnent pour motif à un retrait de commandement ou de fonction l'incapacité au sens d'une insuffisance technique ou d'un comportement généralement incorrect, lié à des traits de caractère incompatibles avec la situation d'un gradé; en outre, la possibilité d'une autre affectation, dans des fonctions différentes, doit être exclue. Dans le cas qui nous occupe, ces conditions ne sont pas remplies.

Monsieur Friedrich pense pouvoir discerner, dans le différend qui oppose Cincera au Manifeste démocratique, une double légalité, qui met en question notre Etat fondé sur le droit; il condamne la manière d'agir des membres de l'organisation Manifeste démocratique, qui se sont érigés en un comité d'instruction s'élisant lui-même, et il critique enfin la manière dont certains journalistes ont informé le public de l'incident.

Nous ne saurions partager l'avis de l'interpellateur, selon lequel le droit et la loi ont été violés par les adeptes de la "double légalité", dans la mesure où cette affirmation constituerait un reproche à l'adresse des autorités judiciaires compétentes. Nous n'avons aucune raison de mettre en doute la manière de procéder des autorités cantonales compétentes. La mise en

accusation de membres de Manifeste démocratique par l'autorité zurichoïse chargée de l'enquête, ainsi que le jugement provisoire par contumace prononcé par le tribunal, ont confirmé la volonté d'engager des poursuites pénales contre tous les délits commis.

En revanche, nous sommes d'accord avec M. Friedrich pour dire que les procédés utilisés par des membres de Manifeste démocratique pour s'appropriier les documents en la possession d'Ernst Cincera, de même que l'attitude adoptée par la suite à l'égard des autorités, sont incompatibles avec notre ordre juridique. Le fait de s'approprier sans droit des documents relève de la criminalité ordinaire et ne se justifie, à notre avis, en aucun cas. La double légalité ou toute méthode qui pourrait s'en inspirer ne trouve pas place dans la pensée qui est celle d'un Etat fondé sur le droit. La constitution et tout ce qui forme notre ordre juridique s'appliquent à tous les citoyens de notre pays.

Il se peut que les critiques formulées à l'égard de la politique d'information de certains journalistes soient pertinentes en ce que les compte-rendus manquaient parfois d'objectivité et en ce que la réserve souhaitable, surtout au début de l'instruction, a fait défaut. Mais il ne nous appartient pas d'en juger.

La plupart des journalistes assument avec un sens parfait de leur responsabilité la tâche importante qui consiste à entretenir et à stimuler par une information enrichie de commentaires, la conscience juridique de chaque citoyen.

Quant à l'information à donner au public ultérieurement dans cette affaire, soulignons que ce sera avant tout le rôle des autorités judiciaires de s'en charger, sitôt que les résultats de l'enquête le permettront et dans la mesure où ils le permettront. Nous nous réservons cependant de donner au Parlement et au public, suivant l'évolution de l'affaire, un complément d'information.

4. Résumé

Notre ordre juridique libéral et la libre expression d'opinions garantie par la constitution assurent à chaque citoyen suffisamment de possibilités d'exercer une activité politique. A l'intérieur des limites tracées par cet ordre juridique, il est du devoir de chacun, au sein de l'Etat, d'être vigilant. Mais notre coexistence dans un Etat démocratique repose sur la confiance réciproque et elle exige de chaque membre de la communauté le respect de la liberté d'autrui.

Notre Etat n'est pas non plus garanti contre certaines défaillances humaines, contre le crime et contre les entreprises hostiles. Les déceler à temps et leur faire face le plus efficacement possible est en principe la tâche des services de l'Etat dotés à cet effet d'une responsabilité particulière. C'est à eux qu'il incombe d'assurer la sécurité de l'Etat et de fournir l'information adéquate. Ce qui n'exclut pas que des particuliers peuvent

donner et recevoir des informations, pour autant que cela soit dans les limites de notre ordre juridique et que les droits individuels soient sauvegardés. Une observation vigilante ne saurait être assimilée à une sorte d'espionnage et à l'obtention illicite de renseignements, ni la collaboration de la population à la délation. C'est le devoir des autorités judiciaires, du Parlement, du gouvernement et aussi des moyens de communication collective (dont le rôle à cet égard est important) d'entretenir et de développer chez le citoyen une saine conscience du droit. En effet, cette conscience du droit, de même que le soutien confiant de notre ordre libéral sont les meilleurs garants du maintien d'un climat politique sain.

17. Am. Postulat Major Major vom 24. März 1977
 Protokollführung für den Bundsrat

Bund und Polizeidirektion, Antrag vom 1. Juni 1977

Protokollführung für den Bundsrat

VORBEREITUNG

Die Antwort auf das Postulat Major wird genehmigt (s. Anlage).

An den Bundesrat

- Protokollführung von
- JPD 10 zur Kenntnis
 - HDI 1 "
 - BE 1 (M, Dr, An, AS) zur Kenntnis

Per erstellten Antrag,
 der Protokollführung
 [Signature]